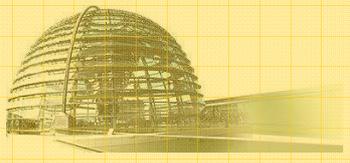


Warum FDP wählen sich nicht mehr lohnt

Nachruf auf eine ehemals liberale Partei



Eching, 4. September 2010



Alte Zeiten im Wandel	1
Es fehlt die programmatische Tiefe	2
Zugunsten der FDP	5
Es fehlt die politische Glaubwürdigkeit.....	5
Es fehlt die Alternative	6

Die FDP hat sich aus der gestaltenden Politikformulierung zurück gezogen. Der Absturz der Partei in den Meinungsumfragen ist nicht nur auf die fehlgeleitete Debatte um die Mitnahme des Lebenspartners Michael Mronz auf Reisen des Bundesausenministers zurück zu führen. Vielmehr macht sich die Erkenntnis breit, dass die Partei an inhaltlicher Substanz in elf Jahren Opposition nicht gewonnen, sondern diese nahezu vollständig aufgebraucht hat.

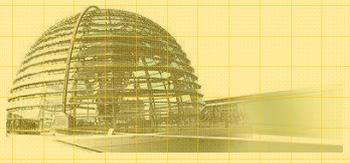
Die FDP ist zu einem Anhängsel der Macht degeneriert. Sie besitzt keine inhaltliche Substanz mehr und ihr Personal ist immer noch das, was die *Financial Times Deutschland* bereits 2002 schrieb: inakzeptabel. Der Partei fehlen die inhaltlichen Grundsätze und die Glaubwürdigkeit. Und deshalb ist sie unwählbar geworden.

Alte Zeiten im Wandel

Es gab in Deutschland einmal eine Partei, die war nicht nur elitär aufgestellt, die war auch intellektuell und auf dem geistigen Niveau der Zeit. Sie war "näher dran am Menschen", mit einem Leitbild von einem selbstbestimmten und verantwortungsbewusstem Bürger. Sie war im besten Sinne liberal und freiheitsorientiert. Und sie firmierte unter der Bezeichnung FDP.

Die FDP gibt es noch heute. Sie aber hat ihren Kompass verloren und kennt nur noch ein Mantra: Steuersenkung. Sie hat den Kompass vor allem dort verloren, wo es um die Verantwortung für den Staat geht und sie hat den Kompass vor allem dort verloren, wo es um die Verantwortung des Bürgers für den Staat geht. Beides sind zwei Seiten der selben Medaille, die die FDP abgelehnt hat und nur noch dem Calling nach "liberal" ist. In der Realität jedoch ist es eine Partei geworden, die nur noch als Hülle für ihren Vorsitzenden Guido Westerwelle existiert.

Die FDP ist eine Partei geworden, die sich jeden Anspruch genommen hat, in einem politischen System gewählt zu werden. Warum dies? Ihre Programmatik ist monokulturell, sogar zu einer Ein-Punkt-Programmatik geworden. Wie ein Mantra trägt der Parteivorsitzende und alle seine Apologeten die Forderung nach niedrigeren Steuern vor sich her, wohl wissend um die dramatische Verschuldung des Staates. Es interessiert die Partei nicht mehr das strukturelle Haushaltsdefizit, welches zunächst gelöst werden muss. Es interessiert die Partei auch nicht mehr die Systemwidrigkeiten im bestehenden



Steuersystem - obwohl Westerwelle diese zur Erheiterung seiner geschrumpften Publikums immer wieder vorträgt.

Die Partei hat damit den Boden des Liberalismus verlassen, der sich auf die alten bürgerlichen Tugenden gestützt hat: gebe dem Staat, damit der Staat geben kann. Es wäre falsch, hierunter den allfürsorglichen Wohlfahrtsstaat zu verstehen, wie führende Köpfe der FDP immer wieder zu suggerieren versuchen. Denn mit einer weiteren Steuersenkung im Umfang von mehreren Milliarden Euros wird dem Staat zunehmend die Lebensgrundlage entzogen, da er seine Ausgaben nicht im gleichen Umfang und der gleichen Geschwindigkeit herunter fahren kann. Die Debatte um die "Römische Dekadenz" war deshalb zwar richtig, aber sie wurde im eigentlich falschen Kontext geführt und ihr fehlte vor allem auch die inhaltliche Substanz. ...

Die Steuerdebatte hat insgesamt noch einmal offenbart, wo die wesentlichen Schwachpunkte der FDP liegen: in ihrer fehlenden programmatischen Breite. Diese versuchte zwar ihr junger agiler Generalsekretär aufzubrechen, jedoch ohne Erfolg. Kaum wurden dem Staat nach einer der schwersten Wirtschaftseinbrüche wieder bessere Einnahmen prognostiziert, konterkarierte der Parteivorsitzende Westerwelle alle Bemühungen um eine inhaltliche Verbreiterung und kehrte zum Mantra der Steuersenkung zurück.

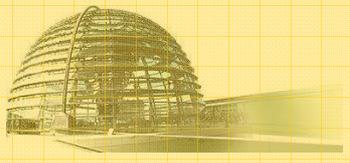
Es fehlt die programmatische Tiefe

Was der FDP wirklich fehlt ist ein Programm, welches von programmatischer Tiefe zeugt. Dabei muss die Partei das zentrale Thema „Freiheit“ nicht aufgeben, sondern sie muss es vor allem jenseits des Feldes „Steuersenkung“ mit Leben erfüllen. Auch die Grünen hatten ehemals ein ähnliches Problem und mussten sich vom „Atomausstieg“ über eine umfassender Umweltpolitik zu einem politischen Vollsortimenter entwickeln. Bei der FDP besteht aber das Problem, dass sie einmal ein Vollsortimenter war und sich vor allem unter Guido Westerwelle zur Issue-Partei mit exakt einem Thema entwickelt hat.

Guido Westerwelle, auf diese Frage angesprochen, reagiert regelmässig gereizt auf diese Problematik und verweist auf die Parteitage in Oppositionszeiten, in denen die Delegierten von Kultur bis Aussenpolitik einen weiten Bogen gespannt haben. Formal ist dies sogar richtig, nur wurden diese Themenfelder nicht mit Leben ausgefüllt.

Thema Bürgerrechte: Richtig ist, die FDP hatte vor allem mit ihren *Freiburger Thesen* einmal für das Recht des Bürgers vor dem Zugriff des Staates gestanden. Noch in den 1990er Jahren wandte sie sich gegen den Lauschangriff und in der Opposition hatte sie mehrere Urteile vor dem Bundesverfassungsgericht erstritten, die dem Staat gerade hier Einhalt gebieten. Heute steht sie lediglich noch für den Kampf gegen *Street View*, ein Scheingefecht ohne den Anspruch, langfristig ernst genommen zu werden.

Aber auch die staatliche Sicherheitspolitik wäre ein weiteres Feld für den Staat. Das Bundeskriminalamt zensiert immer noch Internetseiten, der Datenabgleich zwischen den



verschiedenen staatlichen Stellen ist noch immer in vollem Gange und die gestärkten Rechte der staatlichen Behörden beim Angriff auf die Privatsphäre sind noch immer Gesetz. Die Versteifung auf eine vermeintliche Lücke im Datenschutz lässt den Blick auf diese

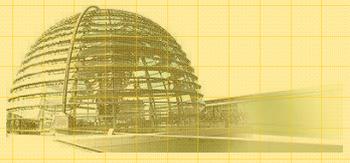
Thema Aussenpolitik: Es war das Markenzeichen der Aussenminister Walter Scheel, Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel, dass sie Politik nicht für die *tagesschau*, sondern mit einer strategischen Weitsicht entwickelten. Europa und die dortige Führungsrolle, die Sicherung der eigenen Handlungsfähigkeit, den bilateralen Dialog mit den unmittelbaren Nachbarn und eine transatlantisch funktionierende Partnerschaft. Elf Jahre Opposition haben hier gewaltige Defizite hinterlassen, die auch mit dem personellen Aderlass in der Aussenpolitik in Zusammenhang zu bringen sind und die ein Gestaltungsdefizit hinterlassen haben. Auf keinen Gebieten der Aussenpolitik kann die FDP heute noch mit Konzepten und Visionen aufwarten. An die Stelle des Gestaltens ist das Bewahren und die Rückbesinnung getreten.

Guido Westerwelle hat sich seinen sehnlichsten Traum - Hausherr am Werderschen Markt - erfüllt. Und sein zentrales Ziel war die Wiederbelebung der Abrüstung. Der Pferdefuss: Deutschland spielt hier keine Rolle (mehr) und Barack Obama hatte dieses Politikfeld mit seinem Amtsantritt bereits besetzt. Für Westerwelle blieb ausser heisser Luft nichts übrig. Wo er jedoch tatsächlich gestalten könnte - in Europa, der Ausrichtung auf die östlichen und südöstlichen Nachbarn, der strategischen Öffnung zu Europa und Afrika - ist es merklich still. Westerwelle und die FDP halten die deutsche Aussenpolitik jedoch weiter gefangen in einer transatlantischen Partnerschaft, die seitens des Gegenübers in Washington zwischenzeitlich weit weniger zentral und stärker interessenorientiert betrieben wird.

Die FDP hat ihre Gestaltungskraft verloren, was auch mit der personellen Auszehrung in Zusammenhang steht. Ausser Werner Hoyer, zwischenzeitlich Staatsminister im Auswärtigen Amt und reichlich frustriert, ist das aussenpolitische Feld von *aufgeschlauten Hilfsbeamten* geprägt, denen die inhaltliche Breite wie auch das visionäre Denken abhanden geht. Sie reisen zwar viel in der Welt umher, aber verbinden mit den Regionen und Ländern nichts, ihnen fehlt das Verständnis für die strategische Bedeutung komplett. Aus liberal geprägten Internationalisten sind Provinzialisten geworden, die Aussenpolitik als Nebenfeld betreiben und ohne Ferve.

Thema Staatsfinanzen: Es wäre das Thema der Zukunft, welches die FDP besetzen könnte. An Visionen - aus dem eigenen Stall wie auch der Jungen Liberalen - mangelt es nicht, zudem viele Nachwuchskräfte, die sich einst auf diesem Feld ausgetobt haben, zwischenzeitlich im Bundestag sitzen. Es reicht von den Staatsfinanzen im engeren Sinne bis weit in die Sozialversicherungen und die Gestaltungsfähigkeit hinein.

Im Juni 2010 tagte eine grossangelegte Haushaltsklausur des Bundeskabinetts. Was dabei raus gekommen ist, ist - gelinde gesagt - ein Humbug. Pauschal wurde über alle

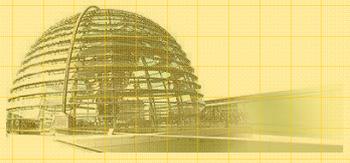


Ressorts gleichermaßen das Sparedikt verhängt. Dabei wäre es die Möglichkeit gewesen, Schwerpunkte zu setzen und eine strategische Zielbestimmung vorzunehmen. Dies bedeutet natürlicher Weise, dass in einem Bereich stärker als in einem anderen zu sparen ist. Dabei hatten die FDP-Minister aus ihrem Wahlprogramm einen klaren Auftrag: Stärkung der Bildung und des Nachwuchses. Und eine gezieltere Verteilung staatliche Unterstützungsmittel. Diese Zielrichtung ist gescheitert und die Weigerung Westerwelles, auch nur einen Euro in seinem eigenen Ressort zu sparen, legendär und rückwärtsgewandt. Gescheitert sind der Umbau der Sozialversicherungssysteme, eine zielgerichtete Fürsorgepolitik und eine Stärkung der Bildungspolitik (übrigens sind auch hier die sichtbaren Figuren wie Cornelia Pieper ausgewandert).

Aber auch im zentralen Feld Steuern bleibt die FDP sitzen. In ihrem Wahlprogramm war neben Steuersenkungen noch von einer Steuerstrukturreform die Rede - angesichts knapper Kassen und ausufernder Haushaltsdefizite eigentlich das wichtigere Thema. Steuersenkungen hatte die Kanzlerin zwischenzeitlich kassiert und ihnen eine klare Absage erteilt, in Übereinstimmung mit der Volksmeinung. Aber eine Steuerstrukturreform steht auch sie offen und von der FDP ist an dieser Stelle nichts vernehmbar. Dabei hatte Guido Westerwelle lange immer wieder auch die Ungerechtigkeiten plakativ dargestellt und es wäre nunmehr ein Einfaches, hier die bestehenden Konzeptionen des Hermann Otto Solms umzusetzen. Solms ist abgetaucht und damit auch diese Politik. Übrig geblieben ist eine Leere und unerfüllte Wahlversprechen, gleich in zwei zentralen Punkten.

Thema Umwelt und nachhaltige Entwicklung: Neben den Bürgerrechten war dieses Thema eines der wesentlichen Schwerpunkte der *Freiburger Thesen* von 1972. Die FDP war Trendsetterin und hatte später, ganz in der freiheitlichen Tradition, die Ökologische Marktwirtschaft entwickelt. Bürger und Unternehmen sollten mit einem handelbaren Lizenzsystem angehalten werden, nachhaltige Schutzinstrumente einzusetzen oder eben eine höhere wirtschaftliche Last zu tragen. Die FDP setzte auf die Selbstregulierung und gerade nicht auf den Staat, der als grosser Regulierer auftritt. Dieser gibt nur noch das Gesamtziel vor ohne eine Kleinststeuerung zu betreiben. Das Gesicht liberale Umweltpolitik war keine geringere als Birgit Homburger, in den 1990er Jahren umweltpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion. Sie hat sich in der Opposition von diesem Themengebiet abgewandt - seither dümpelt es mehr vor sich hin, als es gestalterisch betrieben wird. Damit hat sich die Partei jedoch auch von dem Anspruch verabschiedet, eine gestaltende Kraft zu sein. Ausser der Verlängerungsoption für Kernkraftwerke ist nichts mehr übrig geblieben

Es lässt sich auf einen Punkt bringen: Die FDP hat sich aus der gestaltenden Politikformulierung zurück gezogen.



Zugunsten der FDP

Man muss der FDP zu Gute halten: sie entwickelt sich im Mainstream der deutschen Politik. Politik wird unscheinbarer, konturloser. So sind die Zwischenrufe im Bundestag drastisch gesunken und einen Joseph Fischer („Mit Verlaub Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch.“) oder Herbert Wehner („Der Herr Bundeskanzler badet gerne lau; so in einem Schaumbad.“) hat es schon eine gefühlte Ewigkeit nicht mehr gegeben. Die Politik weicht der Debatte aus und die Politiker fühlen sich nicht mehr dem gewachsen, ihre Politik auch dem Bürger zu erklären. Es fehlt zudem der Mut, auch unbequeme Wahrheiten zu sagen und Entscheidungen zu treffen. Bleibt man bei Wehner, baden nicht nur die Kanzlerin lau, sondern die gesamte Politik.

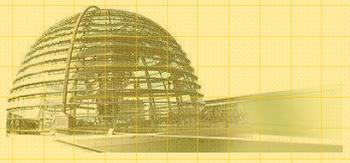
Es fehlt die politische Glaubwürdigkeit

Die FDP hatte in Oppositionszeiten ein liberales Sparbuch Jahr für Jahr neu aufgelegt, in denen neben zahlreichen Forderungen aus den Tiefen des Bundeshaushaltes auch zahlreiche Positionen der Streichung anheimgestellt wurden, die plakativ und damit auch entsprechend öffentlichkeitswirksam waren. Die Abschaffung von Staatssekretärsstellen und ganzer Ministerien war hier enthalten. Aber eben auch zahlreiche Punkte, die im inhaltlichen Bereich lagen und - *summa sumarum* - rund 10 Milliarden Euro einbringen sollten. Geblieben ist nach dem Amtsantritt von all diesen Versprechungen, die neben dem Wahlprogramm abgegeben wurden, wenig.

Richtig ist, dass aus den Sesseln des Bundeskabinetts manches aus einem anderen Blickwinkel betrachtet wird. Die Opposition hat die Rolle anzugreifen und in der Regierung angelangt, dauern selbst die übigsten Wahlversprechen, die sich auf die Zusagen berufen, manchmal in ihrer Umsetzung etwas länger. Aber der FDP fehlt es zwischenzeitlich daran, dass ihren Versprechen einer nachhaltigen Glaubwürdigkeit inhärent wäre.

Diese Glaubwürdigkeit beginnt im persönlichen Verhalten und hier sind die Wahlverhalten auch am schnellsten umsetzbar. Der Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen, Daniel Bahr, forderte die Abschaffung der Parlamentarischen Staatssekretäre, um sich 2009 als Grüss-August verpflichten zu lassen. Das markanteste Beispiel ist jedoch immer noch Dirk Niebel, der bis zum 27. September 2009 die Abschaffung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung fordert, um hernach selbst hier als Hausherr einzuziehen. Nur nebenbei sei erwähnt, dass die gesamte Führungsriege mit dem Thema der Entwicklungspolitik bisher reichlich unbefasst war.

Im Auswärtigen Amt wurde die Einrichtung eines „Vizekanzleramtes“ unter der Führung eines dritten Staatssekretärs noch 2007 kritisiert und deren Abschaffung gefordert. 2009 wurde hierauf der bisherige Büroleiter von Guido Westerwelle, Martin Biesel, befördert und die Funktion institutionalisiert.



Es sind diese Punkte der persönlichen Glaubwürdigkeit, die die Partei insgesamt in ein schlechtes Licht rücken. Dabei mag es für eine Revidierung der früheren Forderungen nachvollziehbare Gründe geben. Es fehlt jedoch das Verständnis, dass eben dies auch kommuniziert und die frühere Position auch als Fehlentscheidung eingestanden werden muss. Stattdessen, wie Daniel Bahr, weicht man aus und schießt sich auf Nebenkriegsschauplätze ein.

Es fehlt die Alternative

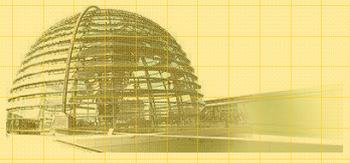
Den Platz der FDP als liberale Kraft im politischen Spektrum Deutschlands hat bislang jedoch keine andere Partei eingenommen, so dass es derzeit an einer realen Alternative für den liberalen Wähler fehlt. Diesen Platz können auch nicht die Grünen füllen, die sich gerne als die Nachfolgerin der FDP im politischen Spektrum sehen. Hierfür sind sie zu staatsorientiert und nutzen den Staat als Lenkungselement für alle Lebensbereiche. Für sie gilt weder das Ideal der selbstregulierenden Kräfte noch das des altruistischen Bürgertums. Vielmehr muss der Staat als zwischengeschaltetes Organ in ihren Verständnis fungieren. Zudem fehlt es hier vor allem in der Aussenpolitik am Verständnis einer verantwortungsgeliteten Politik, die auch bereit ist, ihre Ziele notfalls auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Im vollkommen falschen Verständnis wird dies als neo-imperial - oder neuerdings als neo-konservativ - gesehen.

Und auch die Union kann nur in den Grosstädten wie Hamburg oder Köln reüssieren. In ihrem Kern ist sie eine strukturkonservative Partei, die sicher im Wählerspektrum ihren Platz hat, aber nicht als liberale Partei missverstanden werden darf. SPD und Linkspartei scheitern bereits aus ihrem eigenen Verständnis aus, auch wenn es zeitweise *en vogue* war, Linkspartei zu wählen.

Neues Grundsatzprogramm - und die mögliche Rückkehr in die Politik

Dem liberalen Bürgertum fehlt nach dem Ausscheiden der FDP aus dem liberalen Politikstil der Kompass. Es hat - ausser in Hamburg, in der die CDU sich erfolgreich platziert hat - seine politische Heimat verloren. Eine wählbare Alternative ist nicht vorhanden. Der liberale Wähler wandert folgerichtig auch nicht zu einer anderen Partei über, sondern er wird nicht wählen. In einer Demokratie die eigentlich schlechteste aller Alternativen, aber eine notgedrungene.

Eine Rettung kann das neue Grundsatzprogramm der FDP bieten - für die FDP und das liberale Bürgertum. Es kann die Einheit zwischen beiden zurückholen, der agile Generalsekretär hat zumindest diesen Anspruch verkündet. Bis zur Bundestagswahl 2013 ist ausreichend Zeit. Nur ist die Frage, ob die Brüderles und Niebels dies auch zulassen werden, da mit der Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms auch ihr Abschied immer näher rückt - nach dem Abschied von der Glaubwürdigkeit fallen sie in die Bedeutungslosigkeit.



Mut zur Freiheit

*Gastbeitrag für die Financial Times Deutschland 31.08.2010
von Holger Kraemer, Alexander Pokorny und Frank Schäffler*

Bereits 1992 wurden für eine klassisch-liberale Partei in Deutschland Wählerpotenziale von 20 bis 25 Prozent ermittelt. Aber weder das Projekt 18 aus den Jahren 2001/02 noch der historische Wahlsieg der FDP bei der Bundestagswahl 2009 haben dieses Wählerpotenzial nachhaltig für die FDP sichern können. Sowohl 2002 als auch 2009/10 erfolgte ein jäher Absturz.

Mag man den Absturz 2002 noch mit Müllemanns Ausfällen und illegalen Finanzierungspraktiken begründen, der Absturz 2009/10 offenbart tieferliegende Ursachen. Durchgestyltes Marketing konnte dieses Problem zwar bis zum Herbst 2009 verdecken, und so konnten wir von der zunehmenden Sozialdemokratisierung von CDU und CSU profitieren. In den letzten Monaten wurde aber offensichtlich, dass die FDP keine klassisch-liberale Partei ist.

Obwohl der Liberalismus geschichtlich die erste politische Richtung war, "die dem Wohle aller, nicht dem besonderer Schichten dienen wollte" (Ludwig von Mises), gelingt es der FDP nicht, diesen Grundsatz glaubwürdig in Tagespolitik umzusetzen. Unser Problem besteht darin, dass wir mehr Menschen und Amtsträger benötigen, die sich an dieses liberale Prinzip halten. Unsere derzeitige Misere hat deshalb nichts mit Grundsatzstreitigkeiten in der FDP zu tun. Wir können uns auch nicht auf Zwänge der Koalition berufen, welche uns leider keine anderen Möglichkeiten ließen. Denn es fällt auf, dass wir in Bündnissen, in die wir deutlich weniger als 14,6 Prozent der Stimmen eingebracht haben, deutlich mehr liberale Grundsätze durchsetzen konnten.

Schuld an unserer heutigen Misere ist nicht das FDP-Bashing, das Merkel und Seehofer exzellent betreiben. Wäre die heutige FDP glaubwürdig als klassisch-liberale Partei aufgestellt, als Partei, die das Wohl aller will und nicht das einzelner Schichten, und die sich schon deshalb strikt an rechtsstaatliche Grundsätze hält, dann würde das FDP-Bashing ins Leere laufen.

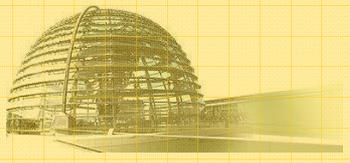
Nicht nur die Zustimmung der FDP-Bundestagsfraktion am 7. und 21. Mai zu Griechenlandhilfe und Euro-Rettungspaket belegt, dass der FDP ihre rechtsstaatlichen Grundsätze abhanden gekommen sind. Wir machen seit den 70er-Jahren enorme Zugeständnisse an den Kollektivismus und das materielle Gleichheitsdenken.

Diese Zugeständnisse sind die Ursache dafür, dass wir uns nicht trauen, ein Europa der individuellen Freiheit zu fordern und entsprechend zu handeln. Wir müssen uns den Worten von Otto Graf Lambsdorff stellen, der 2004 bei der Verleihung der Hayek-Medaille forderte, dass Europa zurück zu den Römischen Verträgen muss, damit Europa nicht durch Kollektivismus und materielle Gleichmacherei zerstört wird.

Aber auch im Bereich Datenschutz und Internet stellen wir oftmals die individuelle Freiheit hinten an. Zudem müssten wir uns mutig dem Problem stellen, dass die so genannten Antidiskriminierungsgesetze im privaten Bereich individuelle Freiheit zerstören und nichts anderes sind als pädagogischer Jakobinismus. Ähnliches gilt für die Familienpolitik. Beim Klimaschutz müssten wir kritische Fragen formulieren und uns gegen den ökosozialistischen Mainstream stellen.

Doch wo sind wir bei diesen Fragen? Wieso werden liberale Grundsätze nicht konsequent in Tagespolitik umgesetzt? Oder wissen wir gar nicht mehr, was individuelle Freiheit heißt?

Individuelle Freiheit heißt nach Immanuel Kant, unabhängig von der nötigen Willkür anderer Menschen leben zu können. Die individuelle Freiheit für alle Bürger eines Gemeinwesens kann nur durch die Herrschaft des Gesetzes geschützt werden. Durch allgemeine und abstrakte Regeln (Friedrich August von Hayek) soll sichergestellt werden, dass jeder Mensch – sei er Arbeiter oder Unternehmer, reich oder arm – frei leben kann. Der Staat ist deshalb eine Vereinigung von Bürgern unter Rechtsgesetzen, durch die die gleiche Freiheit für alle hergestellt und gesichert wird (Kant).



Das Recht ist mit der Befugnis zur Anwendung von Zwang verbunden, und nur der Staat hat das Recht zur Ausübung von Zwang. Aber er hat es auch nur, um – wie Kant schreibt – eine "Verfassung von der größten menschlichen Freiheit nach Gesetzen" zu errichten und zu sichern, "welche machen, dass jedes Freiheit mit der andern ihrer zusammen bestehen kann (nicht von der größten Glückseligkeit, denn diese wird schon von selbst folgen)".

Kein Mensch, keine Gruppe, keine noch so demokratisch gewählte Mehrheit und kein Staat haben deshalb das Recht, Menschen zu zwingen, auf eine bestimmte Art und Weise glücklich zu sein. Aber leider beteiligt sich auch die FDP ständig putzmunter an derartigen Zwangsbeglückungen. So hätte es eine isolierte Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen nicht geben dürfen. Die individuelle Freiheit für alle Bürger eines Gemeinwesens bleibt dabei auf der Strecke.

Wenn die FDP dauerhaft ihr Wählerpotenzial von 20 bis 25 Prozent erschließen will, dann muss sie sich der herrschenden freiheitsfeindlichen Politik entgegenstellen. Die FDP muss sich zu einer Partei entwickeln, die konsequent liberale Grundsätze in der Tagespolitik anwendet. Dann, und nur dann, gewinnt sie ein glaubwürdiges Alleinstellungsmerkmal und eine Attraktivität, an der sich alle anderen Parteien die Zähne ausbeißen. Die FDP wäre eine Rechtsstaatspartei im umfassenden Sinn. Unser Imperativ lautet: Habe Mut zum Liberalismus!

Holger Krahrmer sitzt für die FDP im Europäischen Parlament.

Alexander Pokorny ist Mitglied des Bundesvorstands der FDP.

Frank Schäffler ist FDP-Bundestagsabgeordneter.